

Engagement und Soziale Demokratie – Anmerkungen zum Wahlprogramm der SPD 2009

„Anpacken. Für Deutschland“! Wenn man von der sprachlichen Schlichtheit absieht, könnte dieser Slogan aus der Überschrift des SPD-Wahlprogramms ein Signal in Richtung Bürgergesellschaft sein. Denn was bedeutet bürgerschaftliches Engagement anderes als Anpacken für das Gemeinwesen? Bei der Partei, die die Idee von sozialer Demokratie als ihren Daseinsgrund im Namen trägt, lohnt es sich besonders, genauer hinzusehen und zu prüfen, wie ernst es tatsächlich gemeint ist mit der Einladung zum gemeinsamen Anpacken.

Zunächst fällt auf, dass im Wahlprogramm der SPD der Bezug zur Bürgergesellschaft als einer Kategorie des Politischen stärker ausgeprägt ist als Grundsatzprogramm von 2007. Was dort relativ vage und unbestimmt bleibt, bekommt im Wahlprogramm konkretere Züge: Die Einsicht, dass demokratische Politik heute nur noch mit mehr Beteiligung und Partizipation zu machen ist. Und so ist das Programm als „Angebot an die gesamte Gesellschaft“ (S. 3) adressiert. Auf der Basis von Fairness und Solidarität soll Deutschland „gerechter und menschlicher“ (ebd.) werden.

Nun ist die moderne Gesellschaft mit ihrer kapitalistischen Wirtschaft ja bekanntlich keine harmonische Veranstaltung, sondern ein auf Dauer gestellter Konkurrenzkampf, der ein unauflösbares Spannungsverhältnis zur demokratischen Verfasstheit des Gemeinwesens begründet. Während es in der Wirtschaft um Gewinnmaximierung, Verdrängung und Übernahme geht, ist (sozial-)demokratische Politik um gerechte Verteilung, Teilhabe und Ausgleich bemüht. Insofern sind Bekundungen wie die obenstehende per se problematisch. Wer behauptet, seine Politik richte sich gleichermaßen an alle und sei eine Einladung zum gemeinsamen Anpacken, der wirft über die objektiv bestehenden gesellschaftlichen Verwerfungen und Widersprüche einen sanften Schleier. Durch diesen Schleier hindurch erkennt man nur noch Toleranz, Fairness, Teilhabe und Ausgleich, nicht aber die tägliche Not von Millionen Menschen in unserem Land, die ohne Aufstiegs- und Gewinnchancen im sozialen Abseits stehen. Eine „neue Gemeinsamkeit“ (8, 41) wird angesichts dieser Lage nicht

mit Appellen an freiwillige Initiativen der Wirtschaft, sondern nur mit einer handfesten (und konfliktreichen) Politik des sozialen Ausgleichs zu erreichen sein. „Menschen aus dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Abseits“ (41) holen, wie es an einer Stelle heißt, ginge eben nur mit einer neuen Politik der sozialen Gerechtigkeit, die den Streit um Umverteilung nicht scheut. Die Bürgergesellschaft leidet *auch* an den materiellen Verwerfungen in der Gesellschaft. Und es ist eine Binsenweisheit der Engagementforschung, dass soziale Not nicht Solidarität und Engagement, sondern Isolierung und Ausgrenzung produziert. Insofern sind alle Versuche, die Bürgergesellschaft als Kategorie der demokratischen Gesellschaft zu stärken, letztlich nur plausibel, wenn *zugleich* damit eine konsequente Politik des sozialen Ausgleichs verbunden ist.

Sieht man von dieser durch die Regierungsjahre immer größer gewordene Schwäche der „Staatspartei SPD“ ab, die gesellschaftlichen Grundkonflikte nicht mehr klar zu benennen, dann trägt das Wahlprogramm engagementpolitisch durchaus positive Züge. Denn es enthält eine klare Position zu einer solidarischen Bürgergesellschaft, die nicht als Ausfallbürgin für einen schwachen oder klammen Staat herhalten soll. Das Funktionsgesetz der solidarischen Bürgergesellschaft lautet, dass bürgerschaftliches Engagement, Eigeninitiative und Verantwortungsbewusstsein nur da stark sein können, wo auch der Staat sozial stark ist. Bürgergesellschaft und staatliches Handeln sind komplementäre Größen. Sie ergänzen und stärken einander. Das ist ein klarer Unterschied zum Konzept einer liberalen Bürgergesellschaft, das von dem Gedanken getragen wird, dass der Staat sich überall dort, wo die Bürgergesellschaft stark ist, zurückziehen könne – ein kapitaler Irrglaube, der nach Jahren der Deregulierung und Entstaatlichung mit allen negativen Folgen für das Gemeinwesen als gescheitert betrachtet werden muss! „Das Ehrenamt darf nicht Lückenbüßer für fehlende staatliche Ressourcen sein und werden“ (44). Damit bekennt sich die SPD eindeutig zur solidarischen Bürgergesellschaft.

Die engagementpolitische Richtung stimmt also im Wahlprogramm der Sozialdemokratie. Eine Reihe von Vorschlägen und Maximen zieht sich wie ein engagementpolitischer roter Faden durch das gesamte Manifest. Interessant ist dabei vor allem die Einsicht, dass der Sozialstaat auf „organisierte Solidarität“ (41) angewiesen ist. Der häufig beklagte Etatismus der SPD ist damit zumindest programmatisch überwunden: Ohne das bürgerschaftliche Engagement in Vereinen, Verbänden, Stiftungen, Freiwilligendiensten, Selbsthilfegruppen und Initiativen kann auch der stärkste Sozialstaat nicht funktionieren. Was Freiwilligendienste und Engagierte vor Ort in den Kommunen leisten, kann (und sollte!) keine staatliche Bürokratie organisieren. Daher heißt es im Wahlprogramm der SPD, dass der „Ausbau einer solidarischen Bürger-

gesellschaft durch den Ausbau von Infrastruktur und Rahmenbedingungen“ (ebd.) gefördert werden soll.

Der Ausbau dieser Rahmenbedingungen wird an vielen Stellen des Wahlprogramms markiert und im Sinne des „Querschnittsthemas“ Bürgergesellschaft auch hinreichend weit interpretiert. Da geht es um Arbeitnehmerrechte, betriebliche Mitbestimmung und ein Bekenntnis zu starken Gewerkschaften (22). Da geht es um die demokratische Hochschule und universitäre Demokratie (30). Da geht es um Jugendfreiwilligendienste (40), Toleranz und kulturellen Pluralismus (41), Zuwanderung und Integration (9, 41), um Kirchen, Religionsgemeinschaften und Sport (45). Die Belange alter Menschen werden ebenso thematisiert wie die Bedeutung starker Kommunen und der sozialen Stadt (45f.).

Wie ernst es der SPD letztlich mit ihrem *demokratiepolitischen* Bezug zur Bürgergesellschaft ist, das wird sich noch zeigen müssen. Bürgerschaftliches Engagement ist ein demokratiepolitisches Thema, das unbedingt aus der Ecke der Sonntagsrede herausgeführt werden muss, wenn das Engagement tatsächlich der gesellschaftlichen Integration dienen soll. Im Wahlprogramm wird jedenfalls vielversprechend auf die berühmte Losung „Mehr Demokratie wagen!“ von Willy Brandt verwiesen (55). Sie erinnert an die Grundwerte der Verfassung, die als inklusives Gebot der Freiheit für alle Menschen interpretiert wird. „Mehr Demokratie wagen“ würde dann konsequenterweise bedeuten, Macht und Regelungskompetenzen abzugeben und überall dort, wo Menschen das können und wollen, eigene Entscheidungen und Selbstbestimmung zuzulassen. Dass dies für die „amtliche“ Politik der Parteien und ihre Politik in den Parlamenten erhebliche Konsequenzen hätte – Öffnung für neue Themen und Positionen, Einbeziehung bürgerschaftlicher Organisationen in Entscheidungsprozesse, andere Verfahren der Kandidatenaufstellung, alternative Engagementformen *in* den Parteien –, ist in der SPD bislang erst vage angedacht und taucht dementsprechend auch nicht im Wahlprogramm auf.

Man kann also sagen: Letztlich bleibt der Zusammenhang von Bürgergesellschaft und Demokratie im SPD-Wahlprogramm unterbelichtet. Echte Beteiligung engagierter Bürgerinnen und Bürger und ihrer Organisationen ist nur da vorgesehen, wo die etablierten Wirkungs- und Machtkreisläufe nicht berührt werden. Dabei ist das Bedürfnis nach Teilhabe an politischen Entscheidungen über den bloßen Wahlakt hinaus mittlerweile sehr stark ausgeprägt. Wer anpackt, will auch mitbestimmen, so einfach könnte das in fünf Wörtern klingen!

Was also im Wahlprogramm noch fehlt, ist ein tiefgreifendes Bewusstsein von der Notwendigkeit einer neuen politischen Verantwortungsteilung. Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft müssen ihr Verhältnis zueinander neu austarieren, um die Gesellschaft von der bürokratischen und ökonomischen Überformung durch Staat und Wirtschaft zu befreien. Staat und Wirtschaft sind für die Gesellschaft da – nicht umgekehrt. Wenn die SPD sich in diese Richtung aufmachen würde, dann hieße das einerseits, dass man über neue Beteiligungsinstrumente politische Macht tatsächlich mit der organisierten Bürgergesellschaft teilen müsste. Es hieße aber auch andererseits, dass die Sozialdemokratie als gesellschaftspolitische Größe wieder viel stärker ernst genommen würde.

Eine solche Politik für die Bürgergesellschaft würde dann auch einen anderen Umgang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise nach sich ziehen. Das bisherige Krisenmanagement der sozialdemokratischen Minister und Funktionsträger verlangt große Anerkennung. Doch eine erweiterte Perspektive bezüglich einer neu definierten gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen geht daraus noch nicht hervor. Dabei läge gerade hier eine große Chance. Wenn es richtig ist, dass vor allen große Wirtschaftsunternehmen in den letzten 20 Jahren ihrer gesellschaftlichen Verantwortung *nicht* nachgekommen sind, dann wäre die Krise der Moment, diese Verantwortung konsequent einzufordern. Mitbestimmung, Wirtschaftsdemokratie, Bürgerbewegungen und Verbraucherrechte sind keine Überreste aus der Mottenkiste des Sozialismus, sondern hochaktuelle Themen. Es hätte der SPD gut gestanden, wenn sie diese Bestandteile ihrer Programmatik viel deutlicher als Teile einer Politik der Bürgergesellschaft hervorgehoben hätte. Auf diese Weise wären die guten engagementpolitischen Ansätze des Wahlprogramms viel deutlicher geworden.

Fazit: Ein engagementpolitisches Rahmenprogramm für die deutsche Sozialdemokratie steht noch aus. Aber der Weg dahin ist mit dem Programm für die kommende Bundestagswahl eingeschlagen worden, und das ist keine schlechte Nachricht.

Serge Embacher, Dr. phil., geb. 1965, ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter von Michael Bürsch MdB (SPD).

Kontakt: SergeEmbacher@t-online.de